

BESCHLUSS

des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014

(vorbehaltlich der Überprüfung durch das Wortprotokoll und Lektorat)

Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014

Das braucht Europa!

Europa ist ein großartiges Projekt, das für Frieden, Freiheit und Wohlstand steht. Doch viele Menschen denken heute auch an Krise, Bürokratie und Fremdbestimmung, wenn von Politik aus Brüssel die Rede ist. Diese Sorgen darf niemand ausblenden, der Verantwortung in Europa trägt. Denn Europa gewinnt seine wichtigste Rechtfertigung aus der Überzeugung der Menschen, dass es ihnen eine bessere Zukunft bringt. Für uns sind diese Sorgen daher Ansporn für ein besseres Europa, das mehr Vertrauen seiner Bürger genießt, schlanker organisiert ist und demokratischer entscheidet. Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe und mehr Transparenz! Das braucht Europa!

Wir Liberalen wissen, was Europa geleistet hat: Nach zwei schrecklichen Weltkriegen ist Europa ein Kontinent des Friedens geworden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist Europa ein Kontinent der Demokratie und der Freiheit geworden. Unser Ziel für die Zukunft ist: Europa soll ein Kontinent der Chancen werden! Wir wollen mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger in Europa gewinnen – gerade auch für die vielen jungen Menschen, die nach Arbeit und Ausbildung suchen. Mehr Tatkraft, mehr Marktwirtschaft, mehr Chancen und mehr Wohlstand für mehr Menschen! Das braucht Europa!

Wir Liberale wissen, worauf der Erfolg Europas in der Vergangenheit gründete: Achtung der Freiheit des Einzelnen, gemeinsame Wertvorstellungen, Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Mentalitäten, gesellschaftliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Kreativität. Wir wollen ein Europa der Bürgerrechte, das Toleranz, Privatsphäre – ob digital oder analog - und persönliche Verantwortung respektiert und schützt. Mehr Freiheit, mehr Bürgerrechte und mehr Vielfalt! Das braucht Europa!

Wer die Realität verklärt oder die Herausforderungen der Gegenwart leugnet, der gefährdet das historische Projekt Europa. Als überzeugte Europapartei sind wir in der Pflicht, Antworten zu geben und Lösungen zu bieten. Wir dürfen und wir werden nicht den Populisten das Feld überlassen, die aus der Angst der Menschen Kapital schlagen wollen und damit die Einigung

und Einigkeit Europas gefährden. Mehr Ehrlichkeit und mehr Verantwortung. Das braucht Europa!

Wir sprechen aus, was ist. Wir übernehmen Verantwortung. Wer mehr Europa will, der muss Europa zuerst besser machen. Nach 1945 stand Europa für Frieden. In den Jahrzehnten danach stand Europa für fairen Wettbewerb und wachsenden Wohlstand im größten gemeinsamen Markt der Welt. Im Jahr 1989 stand Europa für die Freiheit der Völker. Jetzt wollen wir Liberalen Europa zum Kontinent der Chancen machen.

In diesem Geist wollen wir Europa gestalten und die Europäische Union erneuern. Damit wir Europäer uns gemeinsam behaupten. Damit Europas Werte, Interessen und Ideale eine Chance haben in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts. Damit mehr Chancen für mehr Menschen entstehen. Dafür kämpfen wir Liberalen in Europa!

Mehr Stabilität: Eine neue Kultur der Stabilität und Verantwortung für Banken und Staaten. Der Finanzsektor darf nicht länger vom Steuerzahler gerettet werden. Für Staaten gibt es Hilfe nur bei entschlossenen Reformen, damit Europa zur Stabilitätsunion wird. Das braucht Europa!

Mehr Wachstum: Eine starke Wirtschaft und solide Haushalte als Grundlage für Wachstum. Unternehmer in ihrer Kreativität und Tatkraft stärken, damit mehr Menschen mehr Arbeitsplätze und mehr Chancen bekommen. Neue Märkte erschließen, Freihandel voran bringen, Wohlstand ausbauen. Das braucht Europa!

Mehr Soziale Marktwirtschaft: Eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb setzt, die dem Mittelstand Chancen eröffnet. Gemeinsame Politik für bezahlbare Energie, digitale Wirtschaft und Investitionen in die Zukunft – in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur. Das braucht Europa!

Mehr Bürgerrechte: Eine Politik, die unbescholtene Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellt, sondern sie vor der Beobachtung und Kontrolle durch Staaten und Konzerne wirksam schützt. Eine humane Asyl- und intelligente Zuwanderungspolitik. Das braucht Europa!

Mehr Demokratie: Mehr Demokratie, starke Parlamente, schlanke Strukturen. Ein starkes Europaparlament, eine starke, aber kleinere Kommission und transparente Entscheidungen. Das braucht Europa!

Mehr Eigenverantwortung, mehr Subsidiarität: Mehr Eigenverantwortung für die Bürger, Kommunen, Regionen und Mitgliedsstaaten. Europapolitik, die sich nur um die Herausforderungen kümmert, die Mitgliedsstaaten nicht alleine bewältigen können. Das braucht Europa!

Das braucht Europa. Und darum braucht Europa starke Liberale!

Europa ist unsere Zukunft!

Wir Liberalen stehen für eine Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa. Denn die Bestrebungen zur Einigung in Europa waren zunächst Stabilisator für Frieden auf unserem Kontinent, sind heute auch Basis unseres Wohlstands und sichern uns in einer globalisierten Welt eine hörbare und ernstzunehmende Stimme.

Wir sind davon überzeugt, dass Europa langfristig auf der Basis einer gemeinsamen Verfassung ein föderaler Bundesstaat werden sollte. Dieser Weg mag noch weit sein, aber er ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in eine nationalstaatliche Kleinstaaterei. Schritt für Schritt wollen wir den Weg zum föderal strukturierten Bundesstaat schon heute begehen, indem wir die europäische Integration weiter vorantreiben. Zu einer vertieften Integration gehört eine zügige Fortschreibung der Verträge nach der Europawahl durch Einberufung eines Konvents, der nicht nur aus Parlamentariern und Regierungsvertretern besteht, sondern auch aus Vertretern der Zivilgesellschaften. Auf diesem Wege wollen wir die Diskussionen um eine europäische Verfassung wiederbeleben und behutsam fortentwickeln.

Bis zur Realisierung dieser Vision ist es notwendig, die europäischen Institutionen weiter zu demokratisieren und die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken. Es bedarf einer klaren Kompetenzabgrenzung und –zuweisung, die auf der europäischen Ebene wirklich nur die zentral zu koordinierenden Fragestellungen belässt und im Sinne der Subsidiarität den nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen zuweist. Auch dadurch werden wir eine überbordende europäische Bürokratisierung zurückdrängen.

Chancen für ein lebenswertes, bürgernahes und demokratisches Europa

Das Streben der Menschen nach Freiheit ist ungebrochen. Das geeinte Europa ist als Wertegemeinschaft Ausdruck dieses Willens zu Freiheit, Frieden und Demokratie. Doch das freiheitliche Wertemodell liberaler Demokratien und freier Märkte in Europa gerät unter Rechtfertigungsdruck. Es gibt eine Tendenz zur Zentralisierung von Entscheidungen, die immer weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt fallen, sowie Unklarheiten darüber, auf welcher politischen Ebene die jeweilige Zuständigkeit angeordnet ist oder sein sollte. Die Eurokrise hat diese Probleme verschärft und für alle sichtbar an die Oberfläche gebracht. Die politisch Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene müssen sich an die vereinbarten Regeln und Maßstäbe halten. Dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Einigungsprojekt wird der Boden entzogen, wenn sie das Gefühl haben, dass sich die EU mit unnötigen Regeln zu stark in ihre täglichen Lebensgewohnheiten einmischt. Wir wollen ein freiheitliches Europa schaffen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger wiederfinden und auf Entscheidungen Einfluss nehmen können. Unser Ziel ist die Wiederbelebung des europäischen Geistes, die Schaffung eines europäischen Lebensgefühls in einem Europa der Freiheit auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft.

Unsere Ziele sind weniger Bürokratie und weniger überflüssige Regulierung – dafür aber mehr Gemeinsamkeit dort, wo wir ein starkes Europa brauchen: Bei Fragen unserer gemeinsamen Währung, im Binnenmarkt, in der Handelspolitik, in der Energiepolitik, in der Rechtspolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Außerhalb dieser Kernbereiche wollen wir möglichst viel Spielraum für mitgliedstaatliche und regionale Regelungen lassen. Der Rahmen wird vorgegeben durch Art 23 Abs.1 Satz 1 des GG : *„zur Verwirklichung eines vereinten Europa wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die*

demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist (...)."

Für ein vielfältiges und demokratisches Europa

Die weitere europäische Integration ist kein Selbstzweck. Zu einem lebenswerten Europa gehört insbesondere, dass unsere Bürger Europa erleben und in aller Vielfalt (kulturell, historisch, national und regional) ein gemeinsames europäisches Lebensgefühl entwickeln können. Europa kann stark und attraktiv bleiben, wenn es seinen liberalen Wurzeln treu bleibt, wenn es die Demokratie und das Recht auf allen Ebenen achtet, die Grund- und Menschenrechte schützt, eine den Regeln der sozialen Marktwirtschaft entsprechende Ordnungspolitik verfolgt, wenn es nach Außen geschlossen auftritt und zugleich nach Innen seine Vielfalt pflegt und nutzt. Einheit in Vielfalt statt Gleichmacherei – das ist eine besondere Stärke Europas, die wir erhalten und ausbauen wollen.

Wir wollen die europäische Einigung vertiefen und eine politische Union schaffen. Dabei verstehen wir die europäische Integration als einen dynamischen Prozess, bei dem man erfolgreiche Integrationsschritte vertieft und weniger erfolgreiche Maßnahmen aber auch wieder rückgängig machen kann. Wir wollen die EU erfolgreicher und wirksamer machen, indem wir sie vereinfachen und auf das Wesentliche konzentrieren. Dazu wollen wir die EU in ihren Kernbereichen stärken. In anderen Bereichen können wir uns eine Rückübertragung von Zuständigkeiten vorstellen.

Wir Liberalen wollen, dass Europa den Weg der Vertiefung weitergeht und dabei zu einer politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung wird. Am Ende dieser Entwicklung sollte ein demokratisch legitimierter, föderaler, subsidiärer und dezentraler Bundestaat stehen, über den die Bürgerinnen und Bürger in einer europaweiten Volksabstimmung entscheiden. Voraussetzung für diesen Bundestaat ist eine gemeinsame europäische Verfassung.

Wir setzen auf transparente und starke europäische Institutionen. Wir Liberale wollen eine grundsätzliche Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode, derzufolge Vorschläge der Kommission vom EU-Rat und vom Parlament beraten und entschieden werden. Wir müssen weg kommen von der gängigen Praxis, dass Regierungschefs vorzugsweise hinter verschlossenen Türen an Kommission und EU-Parlament vorbei entscheiden. Denn gerade die Betonung gemeinschaftlichen Handelns hat in Europa Vertrauen zwischen ehemaligen Gegnern, zwischen großen und kleinen, reicheren und ärmeren Staaten und Völkern gestiftet. Wir stehen für ein Europa der Freiheit und Vielfalt.

Maßnahmen für ein vielfältiges und demokratisches Europa

- **Mehr Raum für verschiedene Geschwindigkeiten in Europa**

Die europäische Integration ist bereits heute mit allen 28 Mitgliedstaaten sehr schwierig. Deshalb möchten wir mehr Möglichkeiten für unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der Integration schaffen. Denn Mitgliedstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenheiten. Wir wollen ein transparentes Europa. Die Politik der völkerrechtlichen Nebenabsprachen einiger Mitgliedstaaten

wollen wir auf ein Minimum beschränken und dort, wo es sinnvoll ist, die Mitgliedstaaten dazu ermuntern, das mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit zu nutzen. Eine so verstandene Integration würde in der EU auch künftig Raum lassen für Großbritannien oder andere integrations skeptische Länder, ohne dass damit integrationsfreudigere Staaten ausgebremst würden. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten darf aber nicht zu einem Europa der Europäer erster und zweiter Klasse werden.

- **Substanzielle Hoheitsübertragungen künftig nur mit Volksabstimmungen**

Mit dem Vertrag von Lissabon ist eine Stufe der Integration erreicht worden, die die Integrationsfähigkeit des Grundgesetzes in vielen Feldern ausreizt. Künftige Hoheitsübertragungen von einigem Gewicht wollen wir deshalb nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gehen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für Volksabstimmungen auf Bundesebene geschaffen werden. Dies gilt insbesondere bei Vertragsänderungen, die unsere Verfassung im Inhalt ändern oder ergänzen.

- **Europa durch die Konventsmethode vertiefen**

Erforderliche Vertiefungsschritte werden nur im Rahmen einer Änderung der Europäischen Verträge möglich sein. Dafür ist die Konventsmethode der richtige und vom EU-Vertrag vorgesehene Weg, da nur sie eine angemessene Beteiligung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene sicherstellt. Konkrete Schritte in diese Richtung werden wir nach den Europawahlen angehen.

- **Zuständigkeiten neu justieren**

Für uns sind Hoheitsübertragungen auf die europäische Ebene keine Einbahnstraße. Dort wo sich eine europäische Zuständigkeit als ineffizient erwiesen hat oder der historische Zweck nicht mehr gegeben ist, treten wir für die Rückübertragung von Hoheitsrechten ein. In den nächsten Jahren sollten deshalb sämtliche europäische Zuständigkeiten einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. In Bereichen, in denen diese Bestandsaufnahme einen europäischen Mehrwert ergibt, so zum Beispiel in der Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes, soll die Union gestärkt werden.

- **Schaffung eines Normenkontrollrats**

Um künftig die Kosten von europäischen Gesetzesvorhaben und Regulierungen unabhängig abschätzen zu können, wollen wir einen unabhängigen Normenkontrollrat einsetzen.

- **Europäisches Parlament stärken**

Das Europäische Parlament wollen wir langfristig zu einem echten Vollparlament mit einem Initiativrecht weiterentwickeln. Voraussetzung dafür ist eine Reform der Zusammensetzung des Parlamentes. Grundbedingung für ein Vollparlament muss dessen demokratische Zusammensetzung sein. Dazu gehört, dass jede Stimme der Bürgerinnen und Bürger Europas gleich viel zählt. Deshalb brauchen wir ein einheitliches Wahlrecht. Zur Wahl des Europäischen Parlamentes sollen die europäischen Parteien zudem mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten antreten können. Ein echtes Parlament sollte selbst über seinen Sitz entscheiden dürfen. Unserer Meinung nach reicht ein Sitz in Brüssel.

- **Europäische Institutionen besser und effizienter machen**
Wir wollen die Stellung der EU-Kommission als Hüterin der Verträge stärken; dafür muss sie nicht größer, sondern effizienter werden. Deshalb plädieren wir für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission um mindestens ein Drittel, wie sie im Vertrag von Lissabon schon angelegt ist. Zudem wollen wir die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zur echten Subsidiaritätskammer, eine Überprüfung aller europäischen Agenturen sowie die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
- **Der Rat der EU muss zu einer modernen zweiten Kammer weiterentwickelt werden**
Jeder Mitgliedsstaat soll unter Beibehaltung der derzeitigen Stimmengewichtung in diesem Senat vertreten sein. Die Debatten dieses Rates müssen öffentlich sein. Der Europäische Rat wird abgeschafft, damit die Staats- und Regierungschefs nicht durch die Hintertür nationale Interessen an Rat und Parlament vorbei durchsetzen.
- **Zurückweisungsrecht des Ministerrates einführen**
Künftig sollen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit (qualifizierter) Mehrheit Rechtssetzungsvorschläge der Europäischen Kommission zurückweisen können. Dies vereinfacht und beschleunigt das Verfahren.

Freiheit statt Bevormundung

Europas Besonderheit ist seine große Vielfalt auf kleinem Raum. Der Reichtum an Geschichte, Sprachen, Architektur, Literatur, Musik, Malerei bis hin zu kulinarischen Traditionen ist außergewöhnlich. Diese Vielfalt gilt es zu bewahren, sie macht die europäische Identität aus. Diese steht nicht in Konkurrenz zu den jeweiligen nationalen, regionalen oder lokalen Identitäten seiner Bürgerinnen und Bürger, sondern ergänzt diese auf der Basis einer gemeinsamen Wertordnung.

Die Europäische Union soll und darf nur dann Aufgaben wahrnehmen, wenn andere politische Ebenen die formulierten Ziele nicht verwirklichen können. Subsidiarität schafft Verantwortungsräume auf lokaler, regionaler und mitgliedstaatlicher Ebene.

Nicht jeder grenzüberschreitende Sachverhalt erfordert eine europäische Regelung. Nicht die Mitgliedstaaten müssen ihre ausreichende Aufgabenerfüllung nachweisen, sondern die europäische Ebene muss nachweisen, dass politische Ziele nicht ebenso gut durch untere Ebenen erreicht werden können. Europapolitik muss praktische Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger bringen. Gleichzeitig erwarten wir von den nationalen Regierungen, dass sie ihre gemeinsame und meist konstruktive Arbeit in Brüssel den Bürgerinnen und Bürgern besser erklären. Mehr Transparenz ist gefragt, wenn es darum geht die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs und damit ihr eigenes Abstimmungsverhalten sowie die an den Rat gestellten Handlungsaufträge darzulegen.

Maßnahmen zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips

- **Subsidiaritätswidrige Vorschläge der Kommission ablehnen**
Wir Liberalen unterstützen ausdrücklich das Vorhaben, überflüssige Regelungen zurückzunehmen und umstrittene anhängige Vorschläge daraufhin zu überprüfen, ob sie mit dem Prinzip der Subsidiarität vereinbar sind. Keinen Mehrwert bietet Europa zum Beispiel bei der nur von wenigen Mitgliedstaaten getragenen Finanztransaktions-

steuer oder der Frauenquote in Aufsichtsräten. Wir wollen daher, dass die entsprechenden Kommissionsvorschläge zurückgezogen werden. Auch die Verordnungen, die für Glühbirnenverbot und absurde Grenzwerte für energiesparende Staubsauger verantwortlich sind, müssen zurückgenommen werden.

- **Hürden für die Subsidiaritätsrüge senken**

Die vorbeugende Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente ist zu stärken und weiter zu entwickeln. Für eine erfolgreiche Subsidiaritätsrüge im Sinne des Vertrages von Lissabon müssen sich derzeit innerhalb von acht Wochen europaweit ein Drittel der nationalen Parlamente zusammenschließen. Trotz dieses hohen Quorums in sehr kurzer Zeit wäre die Wirkung lediglich eine Überprüfung der Vorlage durch die Kommission. Dies wollen wir ändern und die Frist auf mindestens zwölf Wochen verlängern. Gleichzeitig müssen auch die nationalen Parlamente europafähiger werden. Die nationalen Parlamente sind in der Pflicht, intern verlässliche organisatorische Strukturen aufzubauen, die es ihnen ermöglichen, angesichts der Fülle der EU-Dokumente ihr Subsidiaritäts-Instrumentarium effektiv zu nutzen. Subsidiaritätsklagen des Bundesrates sollten künftig auch als Minderheitenrecht ausgestaltet werden.

- **Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zu einer Subsidiaritätskammer**

Im Ausschuss der Regionen sind Vertreter der Bundesländer und Kommunen sowie von Gebietskörperschaften aus anderen EU-Mitgliedsstaaten versammelt. Er hat eine beratende Funktion im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Wir treten für die Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zu einer echten Subsidiaritätskammer ein. Das kann noch besser gelingen, wenn die kommunale Ebene in der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen stärkeres Gewicht bekommt, da auch die Kommunen von europäischer Gesetzgebung betroffen sind.

- **Gerichtliche Subsidiaritätskontrolle**

Es ist ein Schwachpunkt der europäischen Verträge, dass die nationalen Parlamente zwar die Sinnhaftigkeit und die Verhältnismäßigkeit von Regelungen in Frage stellen, nicht jedoch eine fehlende Rechtsgrundlage in den Verträgen rügen können. Um dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung zu tragen, treten wir dafür ein, dass im Rahmen einer Subsidiaritätsklage auch die Frage der Rechtsgrundlage beim EuGH überprüft werden kann.

Chancen durch mehr Bürger- und Freiheitsrechte

Die schrecklichen Erfahrungen Europas mit staatlichem Terror und Überwachung, Diktatur und Krieg haben ein gemeinsames Bewusstsein für fundamentale Menschen- und Bürgerrechte geschaffen. Die Europäische Union ist gegründet auf diesen gemeinsamen Werten und Freiheitsrechten. Auch wenn die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention diese Rechte garantieren, müssen sie täglich wieder verteidigt werden. Wir setzen uns für starke Bürgerrechte ein, auf die sich jeder Bürger der Europäischen Union, egal in welchem Mitgliedsstaat verlassen kann und die in einem neuen Entwurf der Europäischen Verfassung an exponierter Stelle als Grundrecht garantiert werden.

Enthüllungen über die weitreichenden und demokratisch weitgehend unkontrollierten Aktivitäten weltweit agierender Nachrichtendienste unterstreichen, dass eine gemeinsame Antwort aller Europäer erforderlich ist, um die bürgerlichen Freiheitsrechte zu gewährleisten. Bürge-

rinnen und Bürger dürfen nicht pauschal unter Verdacht gestellt werden. Deshalb haben wir dafür gekämpft, dass die Bankdaten oder Fluggastdaten von Millionen von Europäern nicht anlasslos gesammelt, gespeichert und ohne konkreten Verdacht an Drittstaaten weitergegeben werden können. Wir fordern die Aussetzung des SWIFT Abkommens und werden weiter für die Sicherung der Bürgerrechte kämpfen.

Jenseits der illegalen Überwachung durch Nachrichtendienste stellen uns die technische Entwicklung vor immer neue Herausforderungen: offline wie online müssen die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger respektiert und geschützt werden. Wir sehen die Gefahr nicht nur im staatlichen Handeln, sondern auch in der Datensammlung von privaten Unternehmen. Verbraucher müssen sofort erkennen können was mit ihren Daten passiert – ein europäisches Datenschutzsiegel soll Vertrauen schaffen. Die rote Linie ist überschritten, wenn die im Internet hinterlassenen Daten ohne Wissen und Willen des Betroffenen dazu genutzt werden, Verhaltens-, Nutzungs- oder Bewegungsprofile zu erstellen. Ganz gleich, ob zu kommerziellen Zwecken oder im staatlichen Auftrag. Deshalb unterstützen wir ein rasches in Kraft treten der europäischen Datenschutzgrundverordnung. Diese garantiert allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Daten nicht ohne rechtliche Grundlage in Drittstaaten weitergegeben werden dürfen. Neue technische Möglichkeiten sollen in Europa zu mehr Chancen und Freiheit für die Menschen führen – und nicht zu mehr Überwachung. Deshalb sehen wir die Umsetzung des europäischen Forschungsprojekts „Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung von Bürgern in städtischen Räumen“ (INDECT) sehr kritisch. Eine systematischer Überwachung des öffentlichen Raums lehnen wir ab.

Im Rahmen von „Internet der Dinge“ und „big data“ werden immer innovativere, intelligente Systeme, wie Verkehrssysteme, e-call, e-Sprechstunden, etc. entwickelt. Als Liberale betonen wir die Chancen, betonen aber explizit die Notwendigkeit und Voraussetzung eines guten Datenschutzes für den Erfolg der digitalen Entwicklung. Das Vertrauen in den Schutz, teilweise sehr sensibler persönlicher Daten, ist hierfür die Basis. Wir setzen uns für die Wahrung der Netzneutralität in der gesamten europäischen Union ein. Wir Liberalen stehen für den freien Zugang zum Internet für die Bürgerinnen und Bürger und für den größtmöglichen Wettbewerb innerhalb des Netzes, auch für Startups und Investoren.

Maßnahmen für mehr Bürger- und Freiheitsrechte in Europa

- **Charta der Grundrechte der Europäischen Union**
Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet der politischen Couleur der jeweiligen nationalen Regierung geachtet werden.
- **Europäische Rechtsstaatsinitiative**
Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte - wir wollen unsere gemeinsamen Grundwerte stärken und schützen. Entwicklungen in einzelnen Mitgliedstaaten der EU, wie derzeit in Ungarn und Rumänien, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien gefährden, treten wir entgegen. Dazu wollen wir eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten durch rechtzeitige Diskussionen ermöglicht. Wir wollen unterhalb der Schwelle des Artikels sieben des EU-Vertrages einen angemessenen Mechanismus schaffen, der es der EU erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedsstaaten zu verteidigen und notfalls spürbare und angemessene Sanktionen zu verhängen.

- **Europäische Vertragsverteidigungsbeschwerde einführen**
Wir wollen die Verantwortlichkeit der europäischen Institutionen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern stärken. Wenn ein Organ der Europäischen Union sich vertragswidrig verhält, kann dies derzeit nur die Bundesregierung vor dem EuGH geltend machen. Dieses Klagerecht wollen wir ausweiten und nationalen Parlamenten sowie Bürgerinnen und Bürgern bei individueller Betroffenheit eine solche Möglichkeit einräumen. Ein möglicher Anwendungsfall wäre zum Beispiel der umstrittene Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank gewesen. Mit der Vertragsverteidigungsbeschwerde wollen wir auch dem Gefühl der Chancenlosigkeit gegen europäisches Handeln entgegenwirken.
- **Keine Vorratsdatenspeicherung**
Die Menschen in Europa dürfen nicht unter pauschalen Verdacht gestellt werden. Ob beim mobilen Telefonat, Versenden von SMS-Nachrichten oder Nutzen des Internets – die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass keine Daten massenhaft gespeichert und ausgewertet werden können. Wir lehnen jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab und fordern, dass die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung abgeschafft wird.
- **Kein europäisches Grenzregister**
Das geplante europäische Grenzregister lehnen wir ab. Das Erfassen von Grenzübertritten und biometrischer Daten sämtlicher nichteuropäischer Einreisenden schafft eine Datenbank, die Bewegungsprofile und viele weitere persönliche Daten erfasst. Dies ist eine weitere Spielart der Vorratsdatenspeicherung. Von Europa sollte kein Signal des Misstrauens und der Abschottung ausgehen.
- **Europäische Forschungsinitiative zur Datensicherheit**
Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden. Ziel sollte ein weitestgehend unabhängiges Europa sein, um etwa die Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern und damit die Daten von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen besser zu schützen. Wir wollen einen Raum der Freiheit und Sicherheit für unsere Daten.
- **Bürgerrechtsfragen parallel zum transatlantischen Freihandelsabkommen verhandeln**
Wir fordern die Verhandlungen der EU mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen mit einem Datenschutzabkommen zu verbinden. Die Verlässlichkeit in Hinblick auf die Sicherheit der Daten ist ebenso wichtig wie der persönliche Mehrwert, den jeder Bürger aus dem Zustandekommen des Freihandelsabkommens ziehen wird. Deshalb müssen beide Abkommen in jedem Fall zum Abschluss gebracht werden. Die starke Verhandlungsposition, mit der Wirtschaftskraft von 500 Millionen europäischen Verbrauchern im Rücken, muss Europa nutzen, um Handels- mit Bürgerrechtsfragen neu zu regeln. Dazu gehören auch Fragen der Wirtschaftsspionage.
- **Verbot der Spionage innerhalb der EU**
Auch wenn der Blick derzeit vor allem auf die amerikanischen Ausspähaktivitäten gerichtet ist, müssen wir insbesondere auch auf die Dienste unserer europäischen Partner schauen. Wir erwarten hier ein starkes Auftreten der EU-Kommission gegenüber Mitgliedstaaten wie Großbritannien, die andere Staaten und ihre Bürger ausspähen.

Wir fordern mindestens ein europäisches Anti-Spy-Abkommen auf Ebene der europäischen Verträge und eine völlige Aufklärung über die bisherigen Aktivitäten, notfalls auch im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens. Dem steht ein stärkeres Zusammenarbeiten der europäischen Nachrichtendienste nicht entgegen.

- **Menschen helfen, Grenzen zu überwinden**

Liebe kennt keine Grenzen. Veränderte Arbeitsverhältnisse, ein verstärkter Schüler- und Studentenaustausch und viele andere grenzüberschreitende Begegnungen schaffen neue Herausforderungen. Um das Leben der Bürger zu vereinfachen, muss die EU die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten gewährleisten. Öffentliche Urkunden müssen einfacher in einem anderen Mitgliedsstaat verwendet werden können und sollten mehrsprachig sein (z.B. Geburtsurkunden). Es gilt den rechtlichen Rahmen für binationale Ehen, das Adoptionsrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften aber auch Erb- und Sorgerecht zu vereinfachen.

Chancen durch unsere gemeinsame Währung

Der Euro ist längst ein Symbol der europäischen Einigung und Solidarität geworden, obwohl er nur einen Teil der Mitgliedstaaten umfasst. Dazu haben die Anstrengungen und Hilfspakete der letzten Jahre mehr beigetragen als alle öffentlichen Bekenntnisse und politischen Reden zuvor. Die Krise der Wirtschafts- und Währungsunion wurde zum Katalysator weitreichender Reformen. Jeder Versuch, die Eurokrise auf rein wirtschaftliche Fragen zu reduzieren, verkennt die Dimension und Dynamik, die eine erfolgreiche Krisenbewältigung für die Entwicklung Europas entfaltet. Nur wenn es gelingt, den Euro als gemeinsame Währung „wetterfest“ zu machen, kann er Stabilitätsanker für ganz Europa bleiben.

Die Stabilität und der Erhalt unserer gemeinsamen Währung liegen im Interesse der europäischen Wirtschaft – vom Mittelstand bis zum Großkonzern, aber auch vom Verbraucher bis zum Urlaubsreisenden. Hieraus ergibt sich die zentrale Herausforderung liberaler Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa: Die Europäische Union muss nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundsätzen vertieft werden, um Risiko und Haftung, um Entscheidungsfreiheit und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Handeln und Haften müssen miteinander verbunden sein.

Die Währungsunion kann nur als Stabilitätsunion dauerhaft bestehen. Die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken darf die Eurozone als Ganzes nicht noch einmal in Gefahr bringen. Jeder Mitgliedstaat muss jeweils für sich genommen die Stabilitätsanforderungen erfüllen. Diese Eigenverantwortlichkeit stabilisiert das Gesamtsystem und erzeugt wünschenswerten Druck zu Gunsten einer ehrlichen und wettbewerbsgerechten Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten unter dem Dach der gemeinsamen Währung. Unterschiedliche Finanzierungsspielräume und Zinssätze sind das Preissignal für die unterschiedliche Einschätzung der Bonität und Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen und Staaten, die Anleihen auf dem Markt platzieren. Dieses Preissignal darf nicht künstlich eingeebnet werden.

Dabei setzen wir auf die garantierte Unabhängigkeit der EZB und eine eigenständige EU-Kommission, die Fehlentscheidungen der Mitgliedstaaten korrigieren soll. Mit dem Bruch des Stabilitätspaktes 2003 durch die rot-grüne Regierung in Deutschland und auch durch Frankreich, wurden die Grundlagen für die heutige Haushalts- und Finanzkrise gelegt. Für viele Deutsche waren die Maastrichter Stabilitätskriterien die entscheidende Voraussetzung für

ihre Zustimmung zur Einführung des Euros, zumal die historischen Erfahrungen von Inflation vor allem bei den Älteren nachwirken. Deren Aufweichung führte jedoch dazu, dass sich nicht wettbewerbsfähige Länder nahezu grenzenlos über Schulden finanzieren konnten. Eine der Ursachen dieser Fehlentwicklungen ist auch, dass die nationalen Parlamente in den Mitgliedstaaten ihre Kontrollfunktion nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen haben.

Die europäischen Partner mussten daher 2010 eingreifen, um eine weitere Zuspitzung der Krise zu verhindern und den bereits entstandenen Schaden zu begrenzen. Ohne den Einsatz der Rettungsschirme von EFSM, EFSF und später des ESM und des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestand die Gefahr, dass durch die Zahlungsunfähigkeit einzelner Staaten eine Kettenreaktion ausgelöst worden wäre, die nicht nur die großen Finanzinstitute betroffen hätte, sondern auch die Spareinlagen von Millionen Menschen und damit oft verbunden auch die individuelle Altersversorgung sowie die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten. Wir Liberalen haben diesen Weg von Beginn an als Übergangslösung unterstützt, mit der Perspektive, mittelfristig die Stabilitätsunion wiederherzustellen. Deshalb haben wir immer darauf bestanden, dass die Hilfen zeitlich und der Höhe nach begrenzt und nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. Ohne Sanierung der öffentlichen Finanzen und Strukturformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit können die Mitgliedstaaten ihre Schuldentragfähigkeit nicht zurück gewinnen. Als Hilfe zur Selbsthilfe ist Solidarität geboten, auch wenn es einen langen Atem braucht.

Auf diesem Weg zur Stabilitätskultur in Europa sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Inzwischen wurden die Defizitregeln sowie automatische Sanktionen für Defizitsünder durchgesetzt, ebenso wie die Vorab-Vorlage der nationalen Haushalte bei der EU-Kommission, nationale Schuldenbremsen, makroökonomische Richtwerte und die Pflicht zur Rückführung der Gesamtverschuldung auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das sind Erfolge liberaler Politik in Europa. Die Reformnotwendigkeiten bleiben jedoch groß, auch wenn die akuten Krisenszenarien derzeit in den Hintergrund getreten sind. Ein Nachlassen der Reformanstrengungen wäre eine große Gefahr, denn die Schuldentragfähigkeit ist nicht nur ein Thema für die Krisenstaaten, es geht auch um nachhaltiges Wirtschaften im Interesse der nächsten Generationen.

Europa wird nur dann erfolgreich sein, wenn wir einen Weg finden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu steigern. Dabei darf es nicht sein, wie zum Beispiel Grüne und SPD im Europäischen Parlament fordern, dass Mitgliedstaaten ihre Schulden in Form eines Altschuldentilgungsfonds oder durch Eurobonds auf Europa abladen. Vielmehr müssen wir mittelfristig auch weitere Schritte zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ins Auge fassen. Jugendarbeitslosigkeit und der Zerfall staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen in den Krisenländern sind Gefahren, deren Bewältigung auch unser Anliegen sein muss.

Maßnahmen für die Zukunft unserer gemeinsamen Währung

- **Stabilitätsunion voranbringen**

Auf dem Weg zu einer echten Stabilitätsunion müssen wir erreichen, dass wir schwerwiegende und andauernde Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch wirksame Sanktionen ahnden können. Daher müssen die Sanktionen bei einem abgeschlossenen Defizitverfahren automatisiert werden. Wir wollen eine starke Rolle der Europäischen Kommission in der Überwachung solider Finanzen in den Mitgliedstaaten. Dazu können die strengere Überwachung der Haushalte und die Blockierung von Unterstützungsgeldern gehören. Ziel muss es sein, Fehlentwicklungen schon im Ansatz wirksam zu begegnen. Wir wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten auch in Zukunft ih-

re Budgethoheit behalten und nicht aus der Eigenverantwortung zu sorgfältigem Haushalten entlassen werden. Einen direkten oder politischen Zugriff der EU-Kommission auf die Mittel des ESM lehnen wir ausdrücklich ab.

- **Verbindliche Regeln und zeitlich begrenzte Hilfsmaßnahmen für die Euro-Zone**
 Die Währungsunion kann nur dann dauerhaft bestehen, wenn die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft – insbesondere der Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Klausel) – wieder vollständig etabliert werden. Kein Land muss für die Schulden eines anderen Landes haften. Jede Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung – egal welcher Spielart – muss ausgeschlossen bleiben. Die im EFSF und ESM beschlossenen Hilfen sollten nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der EZB ergänzt oder ersetzt werden. Deshalb lehnen wir eine Staatsfinanzierung aus der Notenpresse der EZB ab. Die vertraglich fixierte Verantwortung der EZB für die Geldwertstabilität muss auch in Zukunft vorrangiges Ziel bleiben. Geld- und aufsichtsrechtliche Kompetenzen dürfen nicht vermischt werden.
- **Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen begleiten**
 Ziel aller Reformbemühungen müssen Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung sein. Beides entsteht nur dort, wo eine gut ausgebildete Bevölkerung arbeitet, wo Arbeitsmärkte und andere Märkte offen und nicht überreguliert sind, wo fairer Wettbewerb herrscht, wo die Steuer- und Abgabenbelastung unternehmerische Initiative nicht abwürgt, wo Investoren sich auf eine leistungsfähige und schlanke Verwaltung und Justiz verlassen können, wo Löhne sich an der Produktivität orientieren und wo die Staatsausgaben und die Verschuldung in einem tragfähigen Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) stehen.
- **Den ESM zurückfahren**
 Um zu gewährleisten, dass der ESM nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden einzelner Eurozonen-Mitglieder missbraucht wird, soll seine Ausleihkapazität kontinuierlich wieder zurückgeführt werden, wenn die Schuldentragfähigkeit der einzelnen Staaten erreicht ist. So können sich die Staaten und ihre Gläubiger darauf einstellen, dass der ESM nicht dauerhaft als Nothelfer zur Verfügung steht. Sie müssen dann zukünftig ihre Schuldentragfähigkeit selbst sicherstellen, ohne auf Hilfe von Außen bauen zu können.
- **Insolvenzrecht für Staaten schaffen - Austritt aus dem Euro ermöglichen**
 Das Beispiel der Währungsunion zeigt, dass flexible Lösungen gefordert sind. Wenn ein Land politisch und ökonomisch dem Druck einer Hartwährung nicht gewachsen und sichtlich überfordert ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit innerhalb der Währungsunion wieder herzustellen, kann es auf diese Weise den Fortbestand der Währungsunion als Ganzes gefährden. Deswegen sollte es in Zukunft die Möglichkeit einer Staaten-Insolvenz innerhalb der Eurozone geben. Wenn Staaten aus der Euro-Zone austreten wollen, soll das künftig möglich sein, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren. Wollen sie in die Eurozone zurückkehren, müssen sie die zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr geltenden Bedingungen erfüllen.
- **Die Eurorettung demokratisch kontrollieren**
 Wenn die Euro-Zone zu einer echten Währungsunion wird, müssen auch die damit zusammenhängenden wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen demokratisch legitimiert sein. Im Europäischen Parlament sollten Fragen zur Euro-Zone von allen

Abgeordneten debattiert, aber alleine von denjenigen aus den Euro-Mitgliedsländern entschieden werden. Dort wo Entscheidungen zur Euro-Zone das Haushaltsrecht der Mitgliedstaaten berühren, sollen die nationalen Parlamente zuständig bleiben.

- **Faire Steuern erheben gegen Steuerflucht vorgehen**

Eine europaweite Harmonisierung von Steuersätzen lehnen wir ab. Der Steuerwettbewerb ist ein Ausgleich für die fehlende Möglichkeit der Abwertung von Währungen. Wie in anderen Bereichen auch, sorgt der Wettbewerb für dauerhaft niedrige und gerechte Steuern, die sich gerade nicht an den höchsten Steuersätzen in der Europäischen Union orientieren. Das Gegenstück zu diesem Steuerwettbewerb muss aber sein, dass jeder auch seine Steuern zahlen muss. Es darf nicht länger zugelassen werden, dass Private wie auch Unternehmen aufgrund von nicht abgestimmten Regeln unter den europäischen Partnern erfolgreiche Steuervermeidungsstrategien anwenden. Hier wollen wir ansetzen und auch durch eine einheitliche Bemessungsgrundlage eine gleichmäßige und effiziente Steuererhebung ermöglichen. Mit Nicht-EU-Staaten wollen wir im Rahmen von Steuerabkommen auf dem Verhandlungswege die Steuererhebung sicherstellen und nicht mit Ankäufen von Steuer-CDs.

- **Durch die Bankenunion den Steuerzahler schützen**

Um die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler davor zu schützen, für die Risiken der Banken aufkommen zu müssen, wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen: die Vereinbarung nach Basel III zur verstärkten Eigenkapitalausstattung der Banken sowie eine gemeinsame Bankenaufsicht, die die Risikostrukturen überwacht. Hinzu kommen muss ein Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für existenzgefährdete Banken. Eine notwendige Rekapitalisierung von Banken darf nicht direkt aus dem ESM finanziert werden, sondern muss durch den jeweiligen Staat erfolgen. Eine einheitliche Einlagensicherung lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch Finanzinstitute innerhalb der Euro-Zone entsprechend der Risikogewichtung (Rating) mit Eigenkapital unterlegt werden muss und dass gefährliche, weil im Verhältnis zum Eigenkapital der Bank zu hohe, Anleihekäufe aus einzelnen Staaten verboten werden (Verbot der Risiko-Klumpenbildung). Eine Finanztransaktionsteuer, die als indirekte Steuer (vergleichbar etwa der Mehrwertsteuer) letztlich nur die Unternehmen und Sparer belasten würde, lehnen wir als ungeeignete Maßnahme ebenso ab wie eine Zerschlagung von Banken, die das bewährte deutsche Universalbankenprinzip gefährden würde.

- **Für eine schuldenfreie EU – ohne eigene Steuern**

Auch die EU ist zur Sparsamkeit und zur effizienten Mittelverwendung angehalten. Die Bestrebungen der Europäischen Kommission, eigene Steuern zu erheben, lehnen wir strikt ab. Der Haushalt der EU ist schuldenfrei und soll es auch bleiben, am Verschuldungsverbot der EU muss deshalb festgehalten werden.

Chancen für unsere Wirtschaft durch den gemeinsamen Binnenmarkt

Die Geschichte der europäischen Integration ist eine Geschichte der Freiheit und eine Geschichte der Chancen. Nie zuvor haben die Menschen in Europa so lange in Frieden miteinander gelebt. Auch wenn die Finanzkrise gerade in den südeuropäischen Ländern viele, gerade auch junge Menschen vor große Herausforderungen stellt, hatten die Menschen in Europa nie zuvor bessere Chancen, das Beste aus ihrem Leben zu machen – ihren eigenen Weg zu gehen und ihr Glück zu suchen. Millionen vor allem junger Menschen leben jeden Tag Europa, indem

sie in anderen EU-Mitgliedstaaten arbeiten, studieren, und Freundschaften pflegen. Unternehmen treiben Handel auf einem gemeinsamen Markt. Europa hat sein Versprechen auf Freiheit und Lebenschancen zu großen Teilen eingelöst.

Und weil das europäische Friedensprojekt auch auf dieser wirtschaftlichen Freiheit fußt, setzen wir uns für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein. Konkret heißt das die Durchsetzung der Grundfreiheiten freier Warenverkehr, Dienstleistungsfreiheit, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, Forscher und Unternehmer und Kapitalverkehrsfreiheit. Nur in einem funktionierenden Binnenmarkt finden europäische Unternehmen eine optimale Umgebung, um zu wachsen und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Damit schafft der Binnenmarkt die Grundlage für die Schaffung sicherer Arbeitsplätze. Die europäischen Grundfreiheiten haben Europa von den Fesseln des nationalen Wirtschaftens befreit. Die Europäerinnen und Europäer haben diese einzigartige Chance genutzt und durch harte Arbeit, Kreativität und Innovation unseren Kontinent zu einer Wohlstandsinsel auf der Erde entwickelt.

In Krisenzeiten wächst jedoch die Neigung zu staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftssystem. Das Gegenteil aber ist richtig: Gerade in der Krise muss der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeit gesichert und gestärkt werden. Wir wollen unternehmerisches Handeln fördern und nicht bremsen. Denn nur die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen, wie das Aufbrechen von Monopolen, Privatisierungen, die Abschaffung von Marktzugangshindernissen und vor allem ein spürbarer Bürokratieabbau kann die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone und der EU insgesamt erhöhen und weiterhin das Versprechen auf die besten Lebenschancen einlösen. Ein Eckpfeiler der wirtschaftlichen Ordnung der EU ist der faire und unverfälschte Wettbewerb.

Noch immer gibt es zu viele Ausnahmen und Verzögerungen bei der Umsetzung bestehender Binnenmarktregeln. Der Energie- und der Verkehrsbinnenmarkt etwa sind immer noch unzureichend verwirklicht. Das nächste große Projekt ist der digitale Binnenmarkt. Einheitliche und einfache Regeln und Marktzugang in allen Wirtschaftsbereichen sind besonders wichtig für kleinere und mittlere Unternehmen, bei denen die meisten Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Interesse dieser kleineren Unternehmen liegt auch eine strenge Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts. Die EU sorgt mit ihren Regeln für Waffengleichheit zwischen dem Mittelstand und internationalen Konzernen.

Europa braucht dringend Wachstumsimpulse. Dabei geht es nicht um Wachstum auf Pump – wir lehnen schuldenfinanzierte Konjunkturpakete ab. Vielmehr gilt es bestehende Instrumente besser zu nutzen und durch das Erschließen neuer Märkte Wachstum zu schaffen. Die europäische Regionalpolitik ist bisher allzu sehr auf den Ausgleich von infrastrukturellen Nachteilen konzentriert und dies in besonderem Maße für die ärmsten Regionen in den ärmeren Ländern. Dies sind aber oft entlegene, ländliche Regionen, die nicht wirklich das Potential für eine innovative industrielle Entwicklung bieten. Die Hilfe verpufft dann oft in touristisch oder rein agrarisch orientierten Programmen, deren Gehalt an Wertschöpfung begrenzt ist. Schlimmer noch, sie hat in der Vergangenheit sogar eher zu Immobilienblasen beigetragen als die nachhaltige Entwicklung gefördert. Dies hat auch innerhalb der geförderten Länder regionale Konsequenzen: Potential haben jene eher urbanisierten Regionen, wo sich das technische Wissen und die qualifizierten Arbeitskräfte des Landes zusammenballen. Aber weder der Regulierungsrahmen noch die Ausbildungs- und Förderstruktur waren dabei bisher hilfreich. Das muss sich ändern, auch mit europäischer Hilfe zur Selbsthilfe.

Deutschland hat durch eine entschiedene Reformpolitik und eine kluge Tarifpolitik seine Wettbewerbsfähigkeit im letzten Jahrzehnt gesteigert. Dies drückt sich in der Exportstärke

unseres Landes aus, von der Europa insgesamt profitiert. Wir lehnen alle Versuche ab, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit künstlich zu schwächen oder gar mit politischen Sanktionen zu belegen, wie dies teils von linken Parteien gefordert wird. Vielmehr ermuntern wir unsere Partner in Europa, ebenfalls durch marktwirtschaftliche Reformen die Angebotsbedingungen ihrer Volkswirtschaften zu stärken.

Maßnahmen für mehr Chancen im Binnenmarkt

- **Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptziele der EU-Förderung**
Die meisten Länder mit hohen Schulden und Haushaltsdefiziten haben vor allem Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit. Sie brauchen gezielte Investitionsanreize. Die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds sollen deshalb noch stärker als bisher auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auf die Existenzgründung, die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung und den Technologietransfer von und für kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet werden.
- **Europäische Subventionen zurückfahren**
Die europäische Strukturpolitik bedarf einer Neustrukturierung. Die Mittel der europäischen Strukturfonds sind degressiv zu gestalten und laufend auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.
- **Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit für Unternehmen**
Unser Ziel ist nicht mehr, sondern bessere Rechtsetzung. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen leiden unter unnötigen Verwaltungs- und Regulierungslasten. Es ist uns gelungen, Handwerker von der Pflicht zu befreien, einen Fahrtenstreifen in ihre Fahrzeuge einbauen zu müssen. Wir wollen darüber hinaus eine kritische Überprüfung der bestehenden EU-Gesetzgebung mit dem Ziel, unnötige oder veraltete Regelungen abzuschaffen und generell Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren. Beispielsweise muss ein vereinfachtes Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen im Bereich Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung geschaffen werden. Das kann nur Hand in Hand gehen mit mehr Rechtssicherheit für Unternehmen, die im Binnenmarkt aktiv sind, z.B. durch ein europäisches Mahnverfahren und einheitliche Widerrufsfristen. Wir fordern die Überprüfung und ggf. Abschaffung bestimmter EU-Vorschriften in den Bereichen Abfallentsorgung, erneuerbare Energien und der Zulassung von Chemikalien, die nicht unter die REACH-Verordnung fallen. Mittels eines "KMU-Tests" sollen künftig alle geplanten EU-Richtlinien und -Verordnungen automatisch auf ihre Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen hin überprüft werden. Eine Unternehmensgründung soll künftig im Schnitt nicht länger als drei Tage dauern und nicht mehr als 100 Euro kosten und es soll im Schnitt nicht mehr länger als drei Monate dauern, die nötigen Lizenzen und Genehmigungen zu beantragen.
- **Mehr Chancen für Unternehmen**
Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die nächste Generation der EU-Förderprogramme vor allem innovative, kleine und mittelständische Unternehmen stärkt. Es müssen jetzt aber auch die Rahmenbedingungen für die Gründung und das Wachstum von Unternehmen konsequent weiter verbessert werden. Dazu gehört, diese vor unnötigen Regulierungen zu bewahren und erfolgreiche nationale Entwicklungen wie etwa den Meistertitel oder die Qualitätsbezeichnung „Made in Germany“ zu erhalten.

- **Vergaberecht und europäische Ausschreibungen vereinfachen**
Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Versuch mittels vergabefremder Kriterien sozial- oder umweltpolitische Wünsche durchzusetzen auf ein Minimum beschränkt bleibt. Darüber hinaus wollen wir eine echte Chancengerechtigkeit für kleine und mittlere Unternehmen herstellen. Dazu sollen insbesondere die Ausschreibungen der EU-Institutionen rechtzeitig auch auf Deutsch veröffentlicht werden.
- **Mehr Chancen durch ein freiwilliges europäisches Kaufrecht**
Wir setzen uns für ein gemeinsames europäisches Kaufrecht im Bereich des Online-Handels ein, das die Parteien alternativ zu ihrem jeweiligen nationalen Kaufrecht anwenden können. Das kann den Online-Handel durch ein einheitliches Regelwerk für grenzüberschreitende Verträge erleichtern. Gleichzeitig bietet es den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine größere Auswahl an Produkten zu niedrigeren Preisen.
- **Prioritäten der europäischen Verkehrspolitik ändern**
Die EU verliert das eigentliche Ziel, den Verkehr am Laufen zu halten, bisweilen aus den Augen. Diskussionen in Brüssel werden oft dominiert von umweltpolitischen oder sozialen Verbesserungsvorschlägen. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Ansatz, den Verkehr sicherer, sauberer, effizienter und nutzerfreundlicher zu machen, mit der Umsetzbarkeit für anbietende Unternehmen und Akteure im Verkehrssektor in Einklang gebracht wird.
- **Chancen für bezahlbare Mobilität im Binnenmarkt**
Grundlage zum Funktionieren des europäischen Binnenmarktes ist ein durchgehendes Netz von Verkehrswegen (Ten-V) mit transeuropäischen Korridoren, die die wichtigsten Wirtschaftsregionen und Hauptstädte miteinander verbinden. Gerade Deutschland als Exportland profitiert von reibungslosen Verkehrsverbindungen. Deshalb wollen wir, dass die Verordnung zum Ten-V konsequent umgesetzt, Engpässe beseitigt, Lücken geschlossen und grenzüberschreitende Abschnitte verstärkt werden. Denn freie Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleistungen bietet Chancen für Unternehmen und Verbraucher. Wir wollen Ko-Modalität statt Bevorzugung eines Verkehrsträgers. Ob Straße, Schiene, Luft oder Wasser: Jeder Verkehrsträger wird gebraucht und muss so gut es geht optimiert werden. Wer den Lang-LKW blockiert, macht die Bahn damit nicht wettbewerbsfähiger und behindert Effizienz auf der Straße. Wir wollen dafür sorgen, dass sich Menschen Mobilität leisten können und diese nicht durch ständig neue Belastungen, wie Pkw-Maut oder immer neue Gebühren bei Flugreisen, künstlich teurer wird.
- **Freizügigkeit der Arbeitnehmer erleichtern**
Gut ausgebildete Menschen in Europa brauchen eine Perspektive. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss deshalb die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleichtert werden. Dafür brauchen wir eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien. Die komplizierten Sozialsysteme erschweren zusätzlich die Mobilität. Daher wollen wir ein System schaffen, das es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, unbürokratisch ihre Sozialversicherungsansprüche mitzunehmen und anerkennen zu lassen. Auf einem europäischen Arbeitsmarkt darf Mobilität nicht von Nachteil sein.
- **Chancen und Herausforderungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit meistern**
Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist seit Jahren Realität. Insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und für

unsere Sozialversicherungssysteme liegen in der Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer unverzichtbare Chancen. Die Befürchtungen einer gezielten Einwanderung in deutsche Sozialsysteme nehmen wir ernst und wollen den betroffenen Kommunen helfen, wo immer sich die Zuwanderung neben der gewünschten Arbeitsmigration signifikant dahin verändert, dass vermehrt Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Bestrebungen, deshalb die Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit einzuschränken oder gar verstärkte Grenzkontrollen einzuführen, werden wir aber entschieden entgegentreten. Wir wollen ein Europa der Freiheiten für jede Europäerin und jeden Europäer. Wir Liberalen treten allen populistischen Versuchen anderer Parteien zur Diskriminierung von zuwanderungswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer Angehörigen entgegen. Für uns gibt es keine Europäer erster und zweiter Klasse. In den Herkunftsländern müssen zudem die Verhältnisse für benachteiligte Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Soziale Ausgrenzung und fehlende staatliche Unterstützung gehören zu den Ursachen einer verstärkten Zuwanderung. Von den Erfordernissen der Grundfreiheit abgesehen, muss aber grundsätzlich feststehen, dass die Ausgestaltung der Sozialsysteme sowie die Arbeitspolitik nationale Aufgaben bleiben.

- **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsstaaten sehen wir als drängendes Problem an. Die Etablierung einer dualen Berufsausbildung, eine stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte im Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen und die Durchführung struktureller Arbeitsmarktreformen sind wichtige Bausteine zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt muss jedoch bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Die deutschen Vertreter im Europäischen Parlament können Best-Practise-Lösungen, die in Deutschland erfolgreich waren, in den Problemlösungsprozess einbringen. Zudem muss die EU für Schul- und Hochschulabsolventen den Zugang in die Arbeitsmärkte anderer Mitgliedsstaaten weiter erleichtern.

- **Landwirte als Unternehmer stärken**

Europa braucht eine starke, innovative und leistungsfähige Landwirtschaft. Nur so können wir in Europa den Herausforderungen der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ernährung, den steigenden Ansprüchen an die Tierhaltung, der Produktion nachwachsender Rohstoffe für eine nachhaltige Wirtschaft und dem Klimaschutz gerecht werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Eigentumsrechte der land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Unternehmer gewahrt werden. Der Landwirtschaft muss ermöglicht werden, ihr Einkommen am Markt zu erwirtschaften und damit von Subventionen unabhängig zu werden. Dafür sind Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und Verfahren praxisgerecht und einfach zu gestalten.

- **Der ländliche Raum ist ein wichtiger Lebens- und Wirtschaftsraum**

Der ländliche Raum in Europa erbringt wichtige und vielfältige Produktions- und Dienstleistungen für die Bevölkerung. Er ist Standort für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und Raum für Naherholung, Tourismus und kulturelle Veranstaltungen. Für viele Menschen ist er identitätsstiftend. Die FDP will die Verwendung der Mittel der Strukturfonds dafür nutzen, die Vernetzung von ländlichem und städtischem Raum zu fördern, um die Lebensqualität in Stadt und Land zu verbessern. Für den Erhalt der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ist ein angemessener Zugang zur Breitbandversorgung unabdingbar.

- **Nachhaltige Fischereipolitik durchsetzen**
Wir wollen die durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirtschaftliche, moderne und nachhaltige Fischerei mit Augenmaß begleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Hochsee- und Binnenfischer bei der Erstellung von Managementplänen einbezogen und damit stärker regionale Besonderheiten und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt werden.
- **Potenziale für maritimes Wachstum nutzen**
Wir wollen Wachstum fördern in Zukunftsbereichen, in denen Europa stark ist. Dazu gehören alternative Energien ebenso wie die Erforschung der Tiefsee und der Ausbau des maritimen Sektors, welcher mit Offshoreanlagen, Rohstoffen aus dem Meer, Aquakultur und blauer Biotechnologie großes Entwicklungspotenzial hat.
- **Mündige Verbraucher wirksam schützen**
Wir setzen uns für ein hohes Verbraucherschutzniveau in Europa ein. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, statt sie zu bevormunden. Deshalb setzen wir uns für unabhängige Informationen und Beratung ein, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eigenverantwortlich und frei ihre Kaufentscheidungen treffen können. Um Transparenz zu gewährleisten, müssen alle Produkte, bei deren Herstellung gentechnisch veränderte Organismen oder ihre Produkte verwendet wurden, gekennzeichnet werden. Wir wehren uns gegen Gängelung durch immer neue Verbote. Statt immer neuer Detailregelungen muss die Politik sich beim Verbraucherschutz auf die Einhaltung und Kontrolle von Sicherheitsstandards sowie Verbraucherrechte bei tatsächlicher Verbrauchertäuschung konzentrieren. Rechtssicherheit muss für Unternehmen und Verbraucher auch bei Produkten und Dienstleistungen aus anderen Ländern der EU gewährleistet werden.
- **Verbrauchernutzen stärken**
Zudem wollen wir, dass das Leben in Europa einfacher und preiswerter wird. Mit der von der EU angestoßenen Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte haben bereits drastische Preissenkungen für die Kunden stattgefunden. Durch die Deckelung der Roaminggebühren ist Telefonieren in der EU deutlich billiger geworden. Auch im Bereich der Finanzdienstleistungen haben wir für die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren einiges erreicht: Kostenfreie Euro-Überweisungen oder die beschlossene Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme. Erleichterte Kontowechselmöglichkeiten und transparente und günstigere Gebühren bei der Nutzung von Kreditkarten sollen folgen. Ferner setzen wir uns bei grenzüberschreitenden Reisen für die Schließung von Lücken und Grauzonen der Passagierrechte ein. Gerade hier nutzt der Reisende oft die Dienste mehrerer Verkehrsunternehmen und unterschiedlicher Verkehrsmittel.
- **Freihandel fördern**
Wir wollen den Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen, das gilt auch für die EU selber. Freier Handel sichert Fortschritt, Arbeitsplätze und Wachstum, fördert den Austausch der Kulturen und schafft Frieden. Im Fokus steht dabei das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort aber, wo im Rahmen der Welthandelsorganisation keine globalen Abkommen erreichbar sind, wollen wir den Weg der Freihandelsabkommen auch mit anderen großen Wirtschaftszonen einschlagen, etwa Südamerika oder Asien. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit können wir uns auch ein

Freihandelsabkommen mit den am wenigsten entwickelten Ländern Afrikas vorstellen, die bei besonderer Produktkennzeichnung auch die strengen Umwelt- und sonstigen Einfuhrvorschriften unterschreiten dürfen, soweit dem nicht Gründe wie z.B. des Gesundheitsschutzes oder des Patentrechts entgegenstehen. Sämtliche EU-Freihandelsabkommen sollten auch das Recht des Investors gewährleisten, ein internationales Schiedsgericht anzurufen.

Chancen durch bezahlbare Energie und eine europäische Umweltpolitik

Energie muss für alle Bürgerinnen und Bürger, mittelständische Betriebe, Handwerk und Industrie bezahlbar bleiben. Jeder von den Menschen zu viel bezahlte Euro für Energie fehlt ihnen, um ihre eigenen Träume und Ziele zu verwirklichen. Jeder von der Wirtschaft zu viel bezahlte Euro für Energie macht das Leben teurer und gefährdet Arbeitsplätze – und damit die Existenz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer Familien.

Der EU-Binnenmarkt für Energie ist noch lange nicht vollendet. Es mangelt an grundlegenden Dingen, wie z. B. gemeinsamen Koppelstellen oder grenzüberschreitenden Netzen. Die EU-Mitgliedstaaten, insbesondere auch Deutschland, verfolgen eigene Agenden, ohne sich mit den europäischen Nachbarn abzustimmen. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur müssen unverzüglich getätigt werden; durch marktwirtschaftliche Finanzierungsprojekte wie beispielsweise projektbezogene Bonds der Europäischen Investitionsbank. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft. Wir wollen dafür sorgen, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar bleibt.

In der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir Liberalen auf Innovation und neue Technologien sowie auf den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote. Nur so sichern wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum. Und mehr noch: Als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.

Maßnahmen für bezahlbare Energie und eine intakte Umwelt

- **Europäisches Mengenmodell**
Wir setzen uns für eine zügige und grundlegende Reform des Erneuerbaren Energiegesetzes auf europäischer Ebene ein. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europaweites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von erneuerbaren Energien nicht mehr – wie bisher – über hohe Garantiepriese zu fördern, die dann der Stromkunde über seine Rechnung zahlt. Vielmehr werden die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen. Wie sie diesen Anteil erreichen, bleibt den Unternehmen überlassen. Das führt dazu, dass sich die Anbieter durchsetzen, die besonders günstig sind oder sehr verlässlich regenerative Energie einspeisen.
- **Gemeinsames Europäisches Energienetz schaffen**
Die in Deutschland eingeleitete Energiewende hat bisher keine Nachahmer gefunden, weder innerhalb noch außerhalb Europas. Wir stehen zum eingeschlagenen Weg und wollen ihn erfolgreich umsetzen. Der Weg zu einer bezahlbaren, effizienten und versorgungssicheren europäischen Energieversorgung mit einem steigenden Anteil regenerativer Energieträger kann nur mit einer Ausnutzung der regionalen Vorteile gelingen. Wir setzen uns daher für eine effiziente Vernetzung zwischen den vorhandenen

Ressourcen ein, besonders Wind- und Wasserkraft im Norden Europas und Sonne im Süden Europas. Wir wollen bürokratische Hindernisse, die einer besseren Vernetzung entgegenstehen, beseitigen und fordern eine Auflösung regionaler und staatlicher Monopole und Kartelle der nationalen Energieversorgungen in ganz Europa. Hier müssen wir unsere Partner stärker als bisher einbinden und überzeugen. Außerdem verlangen wir europaweite Mindestnormen für die Zulassung der Gasfördertechnik Fracking zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf Sicherheit und Umwelt über nationale Grenzen hinweg.

- **Energieeffizienz ja, Bevormundung nein**

Zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Auch in der Industrie wollen wir durch intensivere Beratung und Know-how-Transfer der Unternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen. Bevormundungsmaßnahmen wie Verbote von Glühlampen oder Heizpilzen lehnen wir Liberalen ab. Wer Energie einkauft, sollte einen Anreiz zum Sparen haben, aber keine Vorschriften bekommen, wie er Energie verwenden darf. Effizienzvorgaben nach dem "Front-Runner-Prinzip" oder dem "beste-verfügbare-Technologie-Prinzip" lehnen wir ab.

- **Europäischer Emissionshandel**

Der Handel mit Emissionsrechten bleibt für uns Liberale das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen. Er gewährleistet eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Anders als jede Steuer hat der Emissionshandel es geschafft, das oberste Ziel zu erreichen, nämlich die Emission wirksam auf eine feste Menge zu begrenzen. Politisch motivierte Eingriffe in den Emissionshandel lehnen wir grundsätzlich ab. Eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch CO₂-Steuern lehnen wir deshalb entschieden ab. Doch der Emissionshandel in Europa ist nicht ausreichend, um das Klima wirksam zu beeinflussen. Deshalb kommt es darauf an, gerade in den Schwellenländern Klimaschutz zu verstärken und in den tropischen Ländern die Regenwälder zu schützen.

- **Klimaschutz und Industrie in Einklang bringen**

Wir stehen zu den Klimaschutzzielen der EU, weitere einseitige Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtung lehnen wir jedoch ab. Die Finanzkrise hat gezeigt: Länder mit starker Industrie haben sich viel schneller erholt. Deswegen benötigen wir zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum unserer Industriestandorte wettbewerbsfähige Strompreise für energieintensiv produzierende Unternehmen. Andernfalls drohen Arbeitsplatzverluste bei energieintensiven Industriezweigen.

Chancen für junge Europäer durch Bildungsoffensive in den Mitgliedstaaten

Ein Europa der Lebenschancen für die Menschen braucht gute Bildung – denn sie ist seit jeher der Schlüssel zur Freiheit, zu sozialem Frieden und zum gesellschaftlichen Aufstieg. Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind auch die entscheidenden Instrumente zur Bewältigung des Fachkräftemangels, der unserer Wirtschaft als Folge des demographischen Wandels droht. In Europa lernen wir von guten Beispielen und Modellen. So haben wir in Deutschland viele Anregungen aus Skandinavien übernommen, umgekehrt ist unser duales Ausbildungssystem ein echter Exportschlager für den europäischen Raum und darüber hinaus geworden, weil es ein Schlüsselfaktor zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit sein kann.

Auch bei der Bildungspolitik gilt es jedoch die Vielfalt und Souveränität der Mitgliedsstaaten zu beachten.

Unser Anspruch ist es, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen unabhängig von seinem Hintergrund offen steht. Liberale Bildungspolitik legt so den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr Chancen haben werden. Sie ist das beste Rüstzeug für ein Leben in Freiheit und Verantwortung.

Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, weil Bildungspolitik nationale Aufgabe ist und bleiben muss.

Maßnahmen für ein Europa der Möglichkeiten durch Bildung

- **Die Europäische Union - Spitzenreiter in der Forschung**

Im zunehmenden internationalen Wettbewerb können die Mitgliedsstaaten der europäischen Union nur durch verstärkte Zusammenarbeit weiterhin Spitzenreiter in der Forschung bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Forschungs-Rahmen-Programm (FRP) in Zukunft den Schwerpunkt auf die Förderung von innereuropäischen transnationalen Kooperationen setzt, um die Standorte der europäischen Spitzenforschung besser zu vernetzen. Wir fordern, dass abseits von gemeinsamen europäischen Großprojekten sichergestellt wird, dass die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Forschungs-Rahmen-Programms von politischen Interessen unberührt bleibt.

- **Gemeinsame Zweitsprache in Europa schaffen**

Sprache ist das entscheidende Instrument für die Vermittlung von Bildung und Kultur. Die Fähigkeit, sich über die Kenntnis der Muttersprache hinaus in weiteren Sprachen der Europäischen Union verständigen zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für das weitere Zusammenwachsen der europäischen Völker. Erfolgreiche Europapolitik fängt daher schon bei den Schülerinnen und Schülern damit an, Englisch und möglichst eine weitere Sprache zu erlernen. Englisch ist die Hauptverkehrssprache, global und in Europa. Sehr gute Kenntnisse in Englisch sollten daher zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein.

- **Grenzüberschreitender Austausch macht Europa im Alltag auch menschlich erfahrbar**

Deshalb wollen wir Austauschprogramme, wie sie in Europa bereits durch COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) bestehen, stärker fördern. Darüber hinaus wollen wir europaweite Schüleraustauschprogramme weiterentwickeln, damit schon die Jüngsten Gelegenheit haben, Europas Vielfalt zu erfahren.

- **Fünfte Europäische Grundfreiheit - Die Freiheit für Wissen**

Forschung und Entwicklung sind der wichtigste Faktor unserer Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Wir wollen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten besser vernetzen und Europa zu einem echten Innovationsraum ausbauen. Deshalb setzen wir uns neben den vier Grundfreiheiten der EU für die Schaffung einer fünften Grundfreiheit ein – der Freiheit für Wissen, indem wir die Chancen von Studentinnen und Studenten, Akademikerinnen und Akademikern sowie Forscherinnen und Forschern verbessern, in der jeweils für sie besten Umgebung in ganz Europa zu arbeiten oder ein Unternehmen zu gründen. Ohne den Schutz geistigen Eigentums ist diese Freiheit nicht denkbar. Verletzungen des geistigen Eigentums müssen konsequent be-

kämpft werden. Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind durch ein modernes europäisches Urheberrecht auszuräumen. Dieses muss den Interessenausgleich zwischen Urhebern und Rechteinhabern sowie Nutzern und Diensteanbietern fair gestalten. Gleichzeitig muss es die unzensurierte Kommunikation, den freien Informationsfluss und den Zugang zu Wissen und Innovationen ermöglichen. Bildungs- und Wissensinhalte öffentlicher Einrichtungen sollen weitestgehend digitalisiert und der entsprechende Online-Zugang ausgebaut werden. Forschungsergebnisse, die mit Steuergeldern finanziert wurden, sollen jedem Bürger, Wissenschaftler und Studierenden durch obligatorische Publikation mit Open Access frei zugänglich sein. Die Publikation von Ergebnissen aus Industriekooperationen sollen flexibel geregelt werden.

- **Bologna-Prozess konsequent fortentwickeln**

Der Bologna-Prozess und die Schaffung eines europäischen Hochschulraums ist eine der entscheidendsten Entwicklungen in der europäischen Hochschulpolitik überhaupt. Um diesen Weg weiter zu gehen, fordern wir eine stärkere Vernetzung der Hochschulen im Bologna-Raum. Als Maßnahmen schlagen wir beispielsweise einen einheitlichen europäischen Semesteranfangskorridor vor, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern. Weiterhin fordern wir die Hochschulen in Europa auf verstärkt englischsprachige Lehrveranstaltungen anzubieten. Ein weiterer Baustein einer stärkeren Vernetzung sind Studiengänge mit Doppelabschlüssen. Es sollen mehr Studiengänge eingerichtet werden, die an zwei Partnerhochschulen in mindestens zwei verschiedenen Ländern studiert werden. Eine Maßnahme zur verstärkten Wahrnehmung des europäischen Hochschulraumes kann auch ein durch die EU finanziertes Europa-Stipendium sein.

Chancen durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Für unsere Freiheit im Inneren muss Europa nach Außen geschlossen auftreten. Deshalb stehen wir für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen, sei es in Umweltfragen, beim Datenschutz, bei den Menschenrechten, in Freihandels- oder Rüstungskontrollfragen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Nur wenn es uns gelingt, auch in den strittigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man uns als Friedensmacht, die wir sein wollen, ernst nehmen. Nur wenn wir unseren Anspruch durch Einigkeit untermauern, wird Europa die globale Verantwortung übernehmen können, die es von sich selbst erwartet, die aber auch von vielen Menschen in der Welt gefordert wird.

Durch eine geschlossene Gemeinsame Außenpolitik können wir Europa stärker machen und zugleich als Kontinent der Möglichkeiten zu einem erfolgreichen Modell entwickeln, das Vorbild und Inspiration für all jene ist, die noch in Unfreiheit leben müssen. Die großen pro-europäischen Demonstrationen in der Ukraine erinnern uns einmal mehr an dieses Versprechen und bestärken uns diesen Weg insgesamt weiterzugehen.

Während die EU in der Handelspolitik und die Euro-Zone in Währungsfragen einheitlich agiert, ist die europäische Außenpolitik immer noch zu stark fragmentiert und wird in wesentlichen Fragen von den Mitgliedstaaten der EU, nicht der Union selber gestaltet. Das Prinzip der Einstimmigkeit macht dabei schnelle Entscheidungen schwierig. In allen größeren Krisen der letzten Jahre (Libyen, Mali oder Syrien) war die EU gespalten, die Verhandlungsmacht Europas geschwächt.

Wir wollen den Weg der Erweiterung der Europäischen Union verantwortungsvoll weitergehen, weil wir keinem Nachbarn, der unsere Werte teilt, eine Absage erteilen werden. Dazu müssen nicht nur die Beitrittskandidaten die in den Europäischen Verträgen vorgesehenen Bedingungen dauerhaft erfüllen, auch die Europäische Union selbst muss ihre Strukturen anpassen und aufnahmefähig sein. Für alle weiteren Erweiterungsschritte gilt: „Rabatte“ bei der Erfüllung der Kriterien wie in der Vergangenheit darf es nicht geben. Entschlossene rechtsstaatliche Reformen und ein gesamtstaatlicher Modernisierungskurs hin zu EU-Standards sind die Voraussetzung für eine Aufnahme in die Europäische Union.

Die sicherheitspolitischen Diskurse in den großen Mitgliedstaaten sind in Inhalt, Zielen und Intensität stark unterschiedlich. Die EU muss sich deshalb entscheiden, ob sie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der bisherigen Form fortsetzen will oder ob ihre Mitgliedstaaten zu neuen Formen der Zusammenarbeit übergehen wollen. Für Liberale ist klar: Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdient, wissen aber, dass die derzeitigen Strukturen und Verfahren ungeeignet sind, dieses Ziel zu erreichen.

Maßnahmen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

- **Durch Beispiel Menschenrechte und Demokratie glaubwürdig fördern**
Aus unserer europäischen Geschichte haben wir gelernt. Wir wollen unsere Werte und Grundüberzeugungen, etwa die weltweite Ächtung der Todesstrafe, gemeinsam voranbringen. Wir wollen der Hort hoher Menschenrechtstandards sein, eine Union, die ihren eigenen hohen Ansprüchen gerecht wird. Deshalb treten wir innerhalb und außerhalb der Europäischen Union engagiert für Vielfalt und Gleichstellung sowie gegen Diskriminierung, Rassismus und Homophobie ein. In der Demokratieförderung muss die EU flexibler und schneller auf Entwicklungen in unserer Nachbarschaft reagieren können. Dabei sollte sie unter anderem die Expertise der deutschen politischen Stiftungen heranziehen, aber auch ihr eigenes Instrumentarium verbessern.
- **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ehrlich führen**
Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. Es darf jedoch – wie in alle Fällen – keine „Rabatte“ bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Wir ermutigen die Türkei, den notwendigen Reformprozess in Richtung Rechtsstaat und Menschenrechte entschlossener voranzutreiben.
- **Beitrittsperspektiven als Reformmotor erhalten**
Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wird die An- und Einbindung auch von Kandidaten und Interessenten leichter machen. Dies gilt auch und gerade für die Staaten des westlichen Balkans, zu deren Beitrittsperspektive wir unverändert stehen. Entschlossene rechtsstaatliche Reformen sind auch die Voraussetzung für die weitere EU-Annäherung der Staaten der östlichen Partnerschaft.
- **Europäische Entwicklungspolitik liberal gestalten**
Die Europäische Union ist mit ihren 28 Mitgliedstaaten der größte Geber im Rahmen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel liberaler europäischer Entwicklungspolitik ist es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu stärken, klassische Entwicklungshilfe zu reduzieren und die Mittel zielgerichtet, transparent, effizient und kontrolliert einzusetzen. Wir wollen Armutsursachen vor Ort bekämpfen und den Menschen ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirt-

schaften, um in ihrer Heimat ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Wirtschaftlicher Aufschwung vor Ort unterstützt Demokratisierungsprozesse, ermöglicht politische Stabilität und kann dazu beitragen, Probleme wie Piraterie einzudämmen. Dazu gehört, dort wo staatliche Strukturen vorhanden sind, diese in ihrer Verantwortung für die betroffenen Menschen zu stärken.

- **Den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken**

Der Auswärtige Dienst (EAD) der EU ist eine neue Institution, mit der Aufgabe die Außenpolitik der EU so gut wie möglich zu koordinieren. Praktisch handlungsfähig ist er jedoch nur dort, wo Konsens unter den Mitgliedstaaten herrscht (Iran-Verhandlungen) sowie im Auftreten nach außen durch die ihm unterstellten Botschaften der EU. Der oder die Hohe Beauftragte soll für das gesamte Außenhandeln die koordinierende Verantwortung tragen, also auch für die Nachbarschaftspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig könnten die EU-Botschaften in vielen Ländern außerhalb der EU auf Wunsch auch Aufgaben nationaler Botschaften übernehmen, gerade im Rechts- und Konsularwesen, was zu Einsparungen in den nationalen Haushalten führen würde.

- **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU weiter entwickeln:** Wir stehen zu dem Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine gemeinsame, umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik, verbunden mit einer gemeinsamen EU-Friedens- und Sicherheitsstrategie ein. Bei der zukünftigen Entwicklung geht es vor allem darum, die EU in die Lage zu versetzen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu jeder Zeit und auf allen Ebenen politisch gemeinsam und operativ vernetzt zu handeln. Dazu müssen gemeinsame sicherheitspolitische Interessen politisch definiert werden und als solche von der Politik und von der Bevölkerung auch wahrgenommen und akzeptiert werden. Neben der Weiterentwicklung einer handlungsfähigen Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik bleibt die NATO weiterhin die Garantin unserer nationalen Sicherheit. Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Sie ist Ausdruck einer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und stellt deshalb den wichtigsten Anker deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dar. Aus liberaler Sicht ist die NATO auszubauen. Gleichzeitig wird das europäische Gewicht innerhalb der NATO vergrößert werden.

- **Die Europäische Verteidigungsfähigkeit verbessern**

Europa hat derzeit in 28 nationalen Streitkräften ca. zwei Millionen Soldatinnen und Soldaten unter Waffen und gibt dafür ca. 200 Milliarden Euro jährlich aus. Dies führt zu erheblicher Verschwendung von Steuermitteln sowie Mehrfachstrukturen bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung. Liberale wollen diese Zersplitterung überwinden und damit die Verteidigungsausgaben senken. In einem ersten Schritt sollen Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen stattfinden. Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte muss als Mindeststandard rechtsverbindlich werden.

Chancen für einen Neustart in der Einwanderungspolitik und eine humane Asylpolitik

Deutschland und Europa haben ein demographisches Problem – während heute auf 100 arbeitende Deutsche 26 Deutsche kommen, die älter sind als 65 Jahre sind, werden es 2050 über 50 sein. Das bedeutet, dass in Zukunft auf einen arbeitenden Deutschen statistisch etwas mehr als ein Rentner oder Pensionär kommt. Daran wird auch die Rente mit 67 nichts Wesentliches ändern. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, sind wir auf die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte angewiesen. Doch der internationale Wettbewerb um die klügsten Köpfe ist hart. Hochqualifizierte wenden sich anderen Regionen der Welt zu.

Temporäre Maßnahmen wie die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Hochqualifizierte („Blue card“) bewirken keine wesentlichen Veränderungen: Da sie zeitlich begrenzt und mit hohen bürokratischen Hürden versehen sind, sind sie für viele unattraktiv. Wir fordern deshalb ein europaweites System der geregelten Einwanderung. Ein solches System würde sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten und für Deutschland diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten bevorzugen, die z.B. durch den Erwerb von Deutschkenntnissen schon gezeigt haben, dass sie bereit sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dies sollte über ein transparentes Punktesystem nach kanadischem Vorbild erfolgen, wie dies die FDP schon seit langem fordert.

Mit Blick auf die deutsche Geschichte ist das Grundrecht auf Asyl eine der wichtigsten Errungenschaften unserer freiheitlichen Grundordnung. Wir können stolz sein, verfolgten Menschen, wo immer sie auch her kommen, Zuflucht bieten zu können. Für die FDP steht das Grundrecht auf Asyl nicht zur Disposition. Asylrecht muss Grundrecht bleiben, die EU ist keine Festung. Die Einhaltung von Menschenrechten und die Rettung von Menschen aus Seenot bei allen Einsätzen von Frontex und Eurosur hat oberste Priorität und muss garantiert werden können.

Europa muss im globalen Wettbewerb bestehen und daher für kluge Köpfe aus Drittstaaten attraktiver werden. Zudem muss sie Verantwortung gegenüber Menschen in Notsituationen übernehmen – das darf nicht nur Aufgabe einiger weniger Mitgliedstaaten sein. Schließlich ist Asyl ein Recht und keine Gnade.

Maßnahmen für eine geänderte Asyl- und Einwanderungspolitik in Europa

- **Europäische Einwanderungspolitik**

Wir setzen auf eine intelligente Einwanderungspolitik der EU. Um die Attraktivität der EU für qualifizierte Facharbeiter und Studenten aus Nicht-EU-Staaten zu erhöhen, begrüßen wir die Einführung eines gemeinsamen europäischen, kriterienbasierten Punktesystems (u.a. Sprachkenntnisse, Abschluss), dem sich die Mitgliedsstaaten freiwillig anschließen können. In diesem Zusammenhang sollten Vorprüfungen im Rahmen von Asylverfahren eingeführt werden, die über Qualifizierung eine Möglichkeit der legalen Einreise in die EU eröffnet.

- **Europäisches Asylrecht**

Liberalen haben sich stets für ein menschenwürdiges Asylrecht eingesetzt. Wir wollen, dass Europa in der Welt ein sicherer Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist. Deswegen setzen wir uns für eine europaweite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl ein. Daher fordern wir einen europäischen Verteilerschlüssel. Für die Berechnung zur Verteilung der Asylantragsteller in der EU sind Bevölkerungsstärke und Wirt-

schaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der Zuweisung der Asylsuchenden können aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstützen. Wer einen Asylantrag gestellt hat, sollte aber auch arbeiten dürfen, um seinen wirtschaftlichen Beitrag zu leisten.

- **Eigenes EU-Asylangebot schaffen**

Der Fall Edward Snowden hat gezeigt, dass es Situationen geben kann, bei denen einzelne Länder massive wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten befürchten müssen, wenn sie Asyl gewähren. Hier sollte die Europäische Union in die Lage versetzt werden, stellvertretend für die Mitgliedstaaten offiziell Asyl anzubieten. Die aufnehmenden Mitgliedstaaten können sich somit in besonderen Einzelfällen der Solidarität aller Mitgliedstaaten Gewiss sein.

- **Rückführungsmodalitäten eindeutig regeln**

Die FDP fordert eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und vor allem schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht. Der freiwilligen, unterstützten und kontrollierten Rückkehr ist dabei immer der Vorzug zu geben. Wir fordern die Kommission auf, die Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Menschenhandel konsequent in den Mitgliedsstaaten einzufordern. Das zentrale Ziel und Anliegen ist es, den Opferschutz auszubauen. Ein starker Zeugenschutz verknüpft mit einem Bleiberecht ist notwendig, um Erfolg gegen die organisierte Kriminalität zu erreichen. Es ist regelmäßig zu überprüfen, ob die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung des Menschenhandels ausreichen bzw. wirksam sind.